▶ Der Bundesrat ▶ Departement: EDI ▶ Fachstelle: FRB
 Kontakt Sitemap DE FR IT RM EN

 Schweizerische Eidgenossenschaft
 Confédération suisse
 Confederazione Svizzera
 Confederaziun svizra
 Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB
Rechtsratgeber rassistische Diskriminierung
Suche

Einführung	Rechtslage	Lebensbereiche	Aussergerichtliche Streitbeilegung	Informationen an die Beratungsstellen	Begrifflichkeiten und Literatur	
------------	------------	----------------	------------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------	--

Rechtsratgeber rassistische Diskriminierung
 Lebensbereiche
 Politik

Rassistische Äusserungen durch Politikerinnen oder Politiker (<https://www.rechtsratgeber-rassismus.admin.ch/d222.html>)

Rassistische Äusserungen durch Politikerinnen oder Politiker

Beispiel: *Ein Politiker veröffentlicht auf seiner Facebook-Seite ein Video mit rassistischen Inhalten.*

Wenn Politikerinnen oder Politiker in der Öffentlichkeit rassistisch diskriminierende Äusserungen machen, so verstossen sie je nach Intensität der Aussage gegen die Rassismusstrafnorm (Art. 261bis StGB). Richtet sich eine Äusserung gegen eine spezifische Person, so verletzt dies unter Umständen den zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutz (Art. 28 ZGB), und es kann auch eine strafrechtlich relevante Ehrverletzung (Art. 177 StGB) vorliegen.

Als öffentlichen Personen steht Politikerinnen und Politikern bei der Ausübung ihrer politischen Funktion ein breiter Spielraum zu. So sind Äusserungen im politischen Bereich eher von der Meinungsäusserungsfreiheit (Art. 16 Abs. 2 BV) geschützt, weil sie zum demokratischen Diskurs beitragen. Es stellt sich also die Frage, ab wann eine Aussage nicht mehr schützenswert ist, weil sie andere Grundrechte wie beispielsweise das Recht auf Nichtdiskriminierung verletzt.

Es ist wichtig, dass Verstösse gegen einschlägige internationale Normen schon von Anfang an gerügt werden. Wird die Beschwerde von der letzten schweizerischen Instanz (in der Regel handelt es sich um das Bundesgericht) abgelehnt, so besteht die Möglichkeit, den Entscheid an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) oder an den UNO-Ausschuss gegen Rassendiskriminierung (CERD) weiterzuziehen.

Spezialisierte Beratungsstellen.

Vorgehen und Rechtsweg